

„Angst ist eine subjektive Wahrheit“

Umweltministerium reagiert auf Harrisleer Demo zu Bauschutt aus AKW / Akteure wollen erneut ins Gespräch kommen

Von Antje Walther

HARRISLEE/KIEL „Strahlung ist immer etwas, das Angst macht“, sagt Tobias Goldschmidt und versteht die Sorgen der Bevölkerung. Er ist Staatssekretär im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein (Melund). Dennoch wundern ihn die Proteste vom Wochenende, als rund 1500 Menschen vor der Deponie Balzersen an der dänischen Grenze gegen die Einlagerung von Bauschutt abzutragender Atomkraftwerke demonstrierten (wir berichteten). „Ein langer Prozess liegt hinter uns“, sagt Goldschmidt. Es habe viele Angebote auch des Landes gegeben zur Information, zur Diskussion. Und es gehe eben „nicht um Atommüll“, betont er.

Seit fünf Jahren wird über die Umsetzung des Atomausstiegs im Land und den Rückbau der Atomkraftwerke diskutiert. Doch die öffentliche Debatte brachte auch nach einem Jahr keinen Konsens wie der seinerzeit als Minister aktive Robert Habeck einräumen musste. Deshalb stellte sich eine Arbeitsgruppe zwischen Dezember 2016 und Mai 2018 unter Habecks Ägide den zen-



Am Sonnabend protestierten 1500 Menschen vor der Deponie Balzersen. FOTO: SEBASTIAN IWERSEN

tralen Fragen: Ist das 10-Mikrosievert-Konzept vertretbar? Und gibt es alternative Entsorgungsoptionen für zur Deponierung freigegebener Abfälle? So skizziert es eben jene Arbeitsgruppe aus Städteverband und Gemeindetag, Energieversorgern und Entsorgern, Umwelt- und Naturschützern in ihrem Abschlussbericht vom Juli 2018. Der Bericht überprüft insgesamt zehn Optionen auf Vor- und Nachteile. Demnach schneidet die Variante „Deponie plus“ am besten ab.

2100 Mikrosievert betrage die jährliche Einwirkung natür-

licher Strahlung beim Durchschnittsbürger, hält Staatssekretär Goldschmidt den vergleichsweise geringen zehn Mikrosievert entgegen und kennt viele Beispiele, wo Menschen deutlich stärker exponiert sind. Der Experte aus dem Ministerium setzt auch andere Fakten in Relation. Im Jahr 2012 seien beispielsweise auf Landesdeponien 750 000 Tonnen Abfall angefallen; beim freigemessenen Bauschutt aus AKW gehe man derzeit von höchstens zu deponierenden 50 000 Tonnen aus, und zwar verteilt über zwei Jahrzehnte.

Diese Argumente bringt er auch gestern Abend ein bei einer Online-Diskussion unter dem Titel „Faktencheck - Bauschutt in Harrislee“. Eingeladen hatten zwei Kreisverbände der Grünen, 53 Teilnehmer sind dabei, überwiegend Anhänger der Grünen, sowie kommunale Vertreter. Auf dem virtuellen Podium sollte neben Tobias Goldschmidt und Robert Habeck auch Angela Wolff, die Sprecherin der Harrisleer Bürgerinitiative „Baesh“ sitzen. Sie sagte jedoch ihre Teilnahme am Morgen ab. Der Grund: Man habe sich nicht auf faire Diskussions-

bedingungen einigen können.

Die Debatte ist dennoch lebhaft, es wird auch mal an die 80er Jahre erinnert. Die Vorzeichen haben sich geändert, sagt Habeck. Heute gehe es darum, das letzte Kapitel zu schreiben. Wenn wir das Problem nicht lösen, meint der Bundesvorsitzende, haben Generationen nach uns noch größere Probleme. „Angst ist eine subjektive Wahrheit“, sagt Habeck in der Online-Diskussion. Doch politische Akteure, fährt der ehemalige Minister fort, müssen sich auf objektive Fakten verlassen. Zu politischen Akteuren zähle er auch eine Bürgerinitiative, und Stimmungsmache sei nicht zielführend. Er kritisiert auch in Richtung der Gemeinde Harrislee, die sich entziehe, weil das Thema unbequem sei.

Das sieht Bürgermeister Martin Ellermann anders, der sich einschaltet in die Diskussion. Eine Freiwilligkeit sei nicht erzeugt worden, Alternativen nicht wahrgenommen. Am Ende, so entnimmt die Moderatorin dem Wortwechsel, steht eine Verabredung zum Gespräch zwischen Ministerium und Gemeinde. Und noch am Nachmittag hatte Tobias Goldschmidt verdeutlicht: „Harrislee ist ein möglicher Standort von vier“, und „eine Entscheidung steht noch aus“.